

Die MDG sind zur staatlich-entwicklungspolitischen Allzweckwaffe avanciert. Ohne die drei magischen Buchstaben kann kaum ein entwicklungspolitischer Förderantrag mehr auskommen. Dabei zeigen die Ziele auch, was unter „Entwicklungszusammenarbeit“ indirekt zu verstehen ist: die vermeintliche Rettung Afrikas, staatlich sanktionierte Bevölkerungspolitik und die Verhinderung von Migration – alles Vorhaben mit kolonialer und rassistischer Tradition und mit ungewisser Zukunft. red.

Daniel Bendix

# Entwicklungspolitik im Zeichen der Millennium Development Goals

Eine antirassistische Perspektive auf die deutsche EZ

Im Jahr 2000 verabschiedete die UNO bei ihrem bis dahin größten Gipfeltreffen die so genannte Millenniumserklärung. Aus ihr wurden acht *Millennium Development Goals* (MDG) abgeleitet, welche bis 2015 erreicht werden sollen.<sup>1</sup> Dass die Vereinbarung der MDG höchst undemokratisch vonstatten ging – OECD, IWF, Weltbank und Kofi Annan in Person haben sie erarbeitet, und keineswegs die UNO unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte – scheint heute niemanden mehr zu stören, auch wenn dadurch kontroverse Themen wie die makroökonomische Orthodoxie von Weltbank und IWF und die weltweite Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung ausgeklammert blieben. Die MDG sind in aller (entwicklungspolitischer) Munde und das Nonplusultra jeglichen nicht-staatlichen wie staatlichen entwicklungspolitischen Engagements. Indem das BMZ seine Förderrichtlinien zu großen Teilen an die Thematisierung der MDG knüpft (siehe z.B. die „MDG-Sondermittel“ der Förderinstitution Stiftung Nord-Süd-Brücken), greift es immer mehr in die Unabhängigkeit der Arbeit von entwicklungspolitischen NRO ein. Noch nie gab es in Bezug auf Entwicklungspolitik einen ähnlichen globalen Konsens: Wer wäre auch nicht grundsätzlich für weniger Armut, weniger sterbende Kinder und eine Verbesserung der Gesundheit von Müttern?

Was passiert aber, wenn man die Entwicklungspolitik im Kontext der MDG aus einer rassismuskritischen Perspektive betrachtet? In den ersten beiden Abschnitten werden ausgehend von Schriften aus der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik, die sich auf die MDG beziehen, Schlaglichter auf einige Aspekte der Umsetzung der MDG geworfen. Abschließend wird betrachtet, welche Auswirkungen die fehlende Sensibilität für Rassismus für die Umsetzung der MDG innerhalb von Ländern des Südens hat.

## MDG für Afrika

Bei dem in der Entwicklungszusammenarbeit vorherrschenden linearen Verständnis von „Entwicklung“ können sich „Fortschritte“ in den Ländern des Südens nur am Norden orientieren und sich diesem annähern. Das in den MDG deutlich werdende Verständnis von „Entwicklung“ ist aber ohne die koloniale Vergangenheit und Gegenwart nicht zu verstehen. Mit dem Beginn der „Entwicklungsära“ Mitte des 20. Jahrhunderts wurden die aus der Perspektive der westlichen Welt als „unzivilisiert“ betrachteten Weltregionen zu „unterentwickelten“. So beziehen sich auch Maßnahmen zur Umsetzung der MDG auf bestimmte Weltregionen – meist ehemalige Kolonien der Industrieländer –, wie diese Aussage des BMZ kenntlich macht: „Da

in Afrika die größten Anstrengungen zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele notwendig sind, wird die Bundesregierung sich stark in dieser Region engagieren.“<sup>2</sup> „Entwicklungsprobleme“ werden vornehmlich im Süden verortet.

Entwicklungspolitische Publikationen stellen Schwarze Menschen mittels Krankheits-, Bevölkerungs- und „Entwicklungs“statistiken oftmals kollektivierend als krank, ignorant und (im Fall von Männern) als sexistisch dar. Beispielhaft kann die deutsche staatliche Umsetzung der MDG 3 bis 6, welche Fragen von Gesundheit und Bevölkerung berühren, herangezogen werden. Im Juli 2003 hat das BMZ das „Positionspapier Sexuelle und Reproduktive Gesundheit“ veröffentlicht, das den Handlungsrahmen der deutschen Entwicklungspolitik zur Erreichung der gesundheitsbezogenen MDG definiert. Von der Verwirklichung „sexueller und reproduktiver Rechte“ und der „Gleichstellung der Geschlechter“ verspricht man sich eine Verbesserung der Gesundheit und eine Verringerung des Bevölkerungswachstums. Es wird konstatiert, dass Frauen und Mädchen, da sie nicht genügend gebildet seien, eine „machtlose Stellung in der Gesellschaft“ inne hätten, „schädlichen traditionellen Praktiken“ ausgesetzt seien und nicht frei über ihre Sexualität entscheiden könnten: „Verletzungen der grundlegenden sexuellen und reproduktiven Rechte betreffen insbesondere Frauen und Mädchen. Mangelnde Bildung und eine machtlose Stellung in der Gesellschaft sind neben anderen die Hauptgründe. Sie sind häufig Opfer von Missbrauch und häuslicher Gewalt aber auch schädlicher traditioneller Praktiken.“<sup>3</sup>

Die sexuellen- und Gesundheitsverhältnisse und die Bevölkerungsentwicklung der Gesellschaften im Süden erscheinen so als eine Gefahr für sie selbst und für die Menschheit insgesamt. Gleichzeitig präsentiert sich in Abgrenzung dazu der „entwickelte“ Teil der Welt, der Norden, als nicht sexistisch: Gesellschaften des Nordens erscheinen als jenseits von hierarchischen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen, die Weiße Frau als emanzipiert und der Weiße Mann als vernünftig und rücksichtsvoll.

Da die Einteilung der Welt in „entwickelt“ und „weniger entwickelt“ kolonialen Ursprungs ist, wird nun ein kurzer Blick in die Geschichte der Beziehungen zwischen Norden und Süden geworfen. Dieser zeigt, dass Weiße immer wieder gezielt einer bestimmten Bevölkerungsentwicklung im Süden entgegengewirkt haben, wenn diese ihren imperialen Interessen entgegenstand. Das beschriebene Engagement für Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung im Süden muss so vor allem als Herrschaft aufbauend und stabilisierend verstanden werden. Beispielsweise machten sich in der zweiten Hälfte der deutschen Kolonialzeit Weiße deutsche Politiker, Wissenschaft-

ler und Kolonialbeamte – unter anderem aufgrund von wirtschaftlichen Erwägungen – Gedanken um eine „Unterbevölkerung“ in den „Plantagenkolonien“ in Afrika.<sup>4</sup> Für das Phänomen der „Unterbevölkerung“ machten sie, ähnlich wie es heute im Kontext der MDG konstatiert wird, „traditionelle Praktiken“, „Sitten und Gebräuche“ und die damit in Verbindung gebrachte Verbreitung von (Geschlechts-) Krankheiten verantwortlich. Die wissenschaftliche und politische Diskussion um Bevölkerungsentwicklung ging immer mit konkreten Maßnahmen in den Kolonien einher, die den angeblichen „Unsitten“ ein Ende bereiten sollten: mit der Einrichtung von Krankenhäusern, der Einschränkung von Bewegungsfreiheit, mit Bildungsprogrammen, dem Verbot kultureller Praktiken u.ä.

Solchermaßen konstruierte Stereotype in ihrem Zusammenspiel mit praktischen politischen Maßnahmen, werden selten problematisiert. Heute wie zur Kolonialzeit wird „Weißsein“<sup>5</sup> in staatlichen und wissenschaftlichen Publikationen so gut wie nie benannt, die angeblichen Charakteristika von „Schwarzsein“ finden aber breite Erwähnung.

Statistische Erhebungen und Berechnungen zu Bevölkerungsentwicklung und Krankheitsverbreitung, denen im MDG-Prozess höchste Priorität eingeräumt wird, dienen der Erfassung von Tatsachen und der Begründung politischer Maßnahmen. Sie haben aber gleich-

zeitig den Effekt, Verhalten oder Eigenschaften quasi „natürlich“ an bestimmte Menschen in spezifischen Weltregionen zu knüpfen und sie damit zu rassifizieren: Polygamie, hohe Kindersterblichkeit, Krankheiten aufgrund von Sexualverhalten werden so unvermittelt mit Afrika und AfrikanerInnen assoziiert.

Durch ihre Konzentration auf einen Status quo enthistorisieren und entpolitisieren entwicklungspolitische Programme, die auf Statistiken aufbauen, Herrschaftsverhältnisse und machen die Geschichte von Eroberung und Zerstörung von Lebensweisen und -grundlagen durch die Länder des Nordens vergessen. Die Vorstellung von einer weltweiten Interessensgemeinschaft, wie sie Entwicklungspolitik im Zeichen der MDG vermittelt, führt im Kontext einer rassistisch strukturierten Welt, die Weiße privilegiert und Schwarze benachteiligt, dazu, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse unthematisiert bleiben und dass sie nicht hinterfragt werden können. Über eine solche Entwicklungspolitik stellt sich „Weißsein“ in Abgrenzung zu „Schwarzsein“ als gesund, fortschrittlich, wissend und „entwickelt“ her. Den Menschen im Süden hingegen wird oftmals die Fähigkeit abgesprochen, selbstbestimmt ihr Leben zu organisieren. Diesem Weltbild entsprechend haben sich die so genannten Entwicklungsländer in Bezug auf Wissen über Gesundheit, Ökonomie und Kultur am Entwicklungsmodell des Nordens zu orientieren und

# Dieser Mann, der im Gras schläft, ist arm, denn er hat kein Zuhause



Dercio, Escola A Luta Continua e Escola Secundária de Messano

zu messen. Nicht nur Kolonial- sondern auch heutige Entwicklungspolitik basiert auf dieser Logik. Herrschaftsverhältnisse werden dabei nicht nur durch direktes Eingreifen mittels konditionierter „Entwicklungshilfe“ hergestellt, sondern auch auf subtileren Wegen durch die Verbreitung einer spezifischen westlichen Lebens- und Wirtschaftsweise: Menschen im Süden internalisieren die vorgebliche Alternativlosigkeit des westlichen Entwicklungsweges, wenn in Bildungseinrichtungen, in den Medien und in der Politik „westliches“ Wissen als überlegen präsentiert wird.

## Migration Defense Goal

Seit einiger Zeit wird in der internationalen Entwicklungspolitik der Zusammenhang von „Entwicklung“ und „Migration“ diskutiert. Bei der Umsetzung der MDG wird u.a. das Ziel verfolgt, die Menschen in den Ländern des Südens dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben. So will beispielsweise die Bundesregierung mit ihrer sich explizit auf die MDG beziehenden Entwicklungspolitik unter anderem „die Ursachen der Migration bekämpfen und den Menschen Perspektiven in ihrer Heimat eröffnen“. Sie sieht „in der Entwicklung der Weltbevölkerung und den Flüchtlingsbewegungen [eine] große politische Herausforderung“.<sup>6</sup> Eine Entwicklungspolitik mit diesem Selbstverständnis verweist auf eine Angst im Norden vor MigrantInnen aus den als weniger „entwickelt“ verstandenen Weltregionen. Aufgrund der martialischen Verteidigung der europäischen Grenzen verlieren jährlich tausende afrikanische MigrantInnen ihr Leben, oder sie erhalten aufgrund von restriktiven Einwanderungsgesetzen der Länder im Norden keine Aufenthaltsgenehmigung. Ob jemand als „nützlich“ oder „unnützlich“ gilt wird im Kontext von Migration vom Süden in den Norden davon abhängig gemacht, welche Bedrohung die MigrantInnen für die Sicherheit und den Wohlstand der „entwickelten“ Welt darstellen. Ziel ist der Schutz der Wohlstandsgesellschaften im Norden, deren Reichtum seinen Ursprung zu einem Teil in der Ausbeutung zur Zeit des Kolonialismus und des Handels mit versklavten AfrikanerInnen hat. Rassismus, d.h. die Verbindung von körperlichen und kulturellen Merkmalen mit bestimmten Eigenschaften, ermöglicht dabei eine rassialisierte Weltsicht: Schwarz = arm/„unterentwickelt“ = gefährlich.

## Rassistische Diskriminierung

Wie sieht es aber nun mit der Frage von Rassismus im Rahmen von nationalen Programmen im Süden zur Erreichung der MDG aus? Rassistische Diskriminierung wird in den Programmen zur Umsetzung der MDG in den Ländern des Südens selten beachtet. So wird ein Eingehen auf die spezifischen gesellschaftlichen Positionen von Schwarzen, *People of Colour* und Indigenen verhindert. In Verbindung mit dem Fokus auf große Zahlen, können „Fortschritte“ bei den MDG den Effekt haben, dass sich auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet Verbesserungen einstellen, gleichzeitig aber rassistisch benachteiligte Gesellschaftsgruppen ausgeschlossen bleiben. So wird beispielsweise Brasilien wahrscheinlich fünf der MDG erreichen, während die afro-brasilianische Bevölkerung davon größtenteils ausgeschlossen sein wird. Ebenso wie im Fall der Afro-BrasilianerInnen hat die Armut unter der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas ihre Wurzeln im Kolonialismus und im bis heute andauernden strukturellen Rassismus; hinzu kommt die Zerstörung von indigenen ökonomischen und sozialpolitischen Systemen durch „Entwicklungsprojekte“ im Auftrag von Modernisierung und Nationenbildung. Studien in Lateinamerika haben ergeben, dass rassistische Diskriminierung maßgeblich bestimmt, ob jemand in Armut lebt, Bildung erhält, jung stirbt und polizeilicher Gewalt ausgesetzt ist. Schwarze und indigene Bevölkerungen befinden sich dabei in ganz Lateinamerika am Ende der sozialen Pyramide.

## EZ und MDG

Die Charakteristika der MDG und ihre Umsetzung sind ohne eine koloniale und rassistische Vergangenheit und Gegenwart nicht zu verstehen. Gleichzeitig nehmen nationale MDG-Programme in Ländern des Südens „Rasse“ als eine das gesellschaftliche Zusammenleben in vielen Ländern strukturierende sozialpolitische Kategorie oft nicht wahr und leisten damit einer weiteren Diskriminierung auf der Basis von Rassifizierung Vorschub. Entwicklungszusammenarbeit will genau dies nicht: Sie sollte daher immer die Implikationen solcher Programme hinterfragen, auch wenn sie vordergründig das Richtige beabsichtigen.

**Daniel Bendix ist Mitglied der bildungspolitischen Organisation *AfricAvenir*, die in Douala, Kamerun ihren Hauptsitz hat. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt an der Freien Universität Berlin zur Einbeziehung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Reformen des Sicherheitssektors.**

<sup>1</sup> (1) Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, (2) Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung, (3) Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen, (4) Senkung der Kindersterblichkeit, (5) Verbesserung der Gesundheit von Müttern, (6) Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, (7) Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

<sup>2</sup> [http://www.bmz.de/de/ziele/deutsche\\_politik/index.html#t1](http://www.bmz.de/de/ziele/deutsche_politik/index.html#t1), 3.08.2007.

<sup>3</sup> BMZ, 2004, Sexuelle und reproduktive Gesundheit (SRG) - Ein Positionspapier des BMZ, BMZ Spezial Nr. 82, [http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial082/spezial082\\_90.pdf](http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial082/spezial082_90.pdf), 4.09.2007, S. 8.

<sup>4</sup> So hatte der Chef der Deutschen Ostafrika Linie dem Professorenrat des Hamburger Kolonialinstituts 1913 ein Preisgeld von 6.000 Reichsmark für die Beantwortung folgender Frage zur Verfügung gestellt: „Durch welche praktischen Maßnahmen ist in unseren Kolonien eine Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei der eingeborenen farbigen Bevölkerung – dem wirtschaftlich wertvollsten Aktivum – zu erreichen?“

<sup>5</sup> Unter „Weißsein“ und „Schwarzsein“ werden in diesem Beitrag kulturell interpretierte rassialisierte Konstrukte und historisch geprägte Repräsentationen von Identität verstanden, die sich unabhängig von Selbstwahrnehmungen auf gesellschaftliche Prozesse auswirken.

<sup>6</sup> <http://www.bmz.de/de/ziele/ziele/regierungsarbeit>, 24.08.2007.